

## PRESSEMITTEILUNG

*DGP-Präsidentin Claudia Bausewein: „Wir sind einen Schritt weiter“*

### **Palliativversorgung und Suizidprävention müssen für alle zugänglich sein**

Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin begrüßt ernsthafte Debatte zur Suizidbeihilfe im Bundestag

Berlin/22.04.2021: „Die Stärkung der Palliativ- und Hospizversorgung bei gleichzeitigem Ausbau der Suizidprävention war ein zentrales Thema bei der Debatte zur Suizidhilfe im Bundestag. Das geht in die richtige Richtung“, erklärt *Prof. Dr. Claudia Bausewein*, Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin. Die ernsthafte fraktionsübergreifende Debatte habe deutlich gezeigt: „Wir sind einen Schritt weiter als 2015: Menschen mit einem Sterbewunsch brauchen vor allem Zugang zu offenen Gesprächsangeboten, in denen ihr Anliegen ernstgenommen wird, ohne dies als unmittelbare Handlungsaufforderung zu missverstehen.“

Im Rahmen der gestrigen Debatte im Bundestag sind von den Abgeordneten aus allen Fraktionen mehrfach Bedenken hinsichtlich einer „Normalisierung“ der Suizidassistenz geäußert worden, die Furcht vor sozialem Druck, dass Menschen sich überflüssig fühlen oder als Last empfinden könnten. Hierzu hat die Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin Ende Februar mit der Veröffentlichung eines Eckpunktepapiers unmissverständlich Stellung genommen, so DGP-Vizepräsident *Dr. Bernd-Oliver Maier*: „Suizidprävention muss Normalität werden, Suizidassistenz absolute Ausnahme bleiben!“ Die Palliativmedizin versteht sich als ein Teil der Suizidprävention, da sie Sterbewünschen durch Linderung von Leidenszuständen, die ganzheitliche Begleitung der schwerkranken Menschen in ihrem Umfeld und eine Verbesserung der Lebensqualität in sehr vielen Fällen wirksam begegnen kann.

Am 26. Februar 2020 hatte das Bundesverfassungsgericht das 2015 vom Bundestag beschlossene Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung aufgehoben und ein umfassendes Recht auf selbstbestimmtes Sterben identifiziert. Deshalb wurde gestern im Rahmen einer Orientierungsdebatte im Bundestag offen, auch über Fraktionsgrenzen hinweg, über mögliche Neuregelungen diskutiert. 38 Abgeordnete aus allen Fraktionen erhielten für jeweils drei Minuten das Wort, weitere Redebeiträge konnten zu Protokoll gegeben werden.

[BUNDESTAG DEBATTE SUIZIDHILFE \(21.04.2021\)](#)

[PRESSEMITTEILUNG Eckpunkte Suizidassistenz Suizidprävention \(26.02.2021\)](#)

[ECKPUNKTE der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin zu einer möglichen Neuregulierung der Suizidassistenz und Stärkung der Suizidprävention \(24.02.2021\)](#)

KONTAKT: Karin Dlubis-Mertens, Presse- & Öffentlichkeitsarbeit, E-Mail: [redaktion@palliativmedizin.de](mailto:redaktion@palliativmedizin.de) [www.palliativmedizin.de](http://www.palliativmedizin.de)